



# Standpunkt BAUSBACK

*Hintergründe und Meinungen  
aus der Landespolitik*

**Ausgabe 1 – Juli/August 2020**

**Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Freunde,**

eine - seit März unter dem Einfluss von Corona stehende - Sitzungszeit geht zu Ende. Themen gab es und gibt es genug. Mit dieser neuen Publikation „Standpunkt Bausback“ möchte ich Ihnen regelmäßig meine Hintergründe und meine Meinung zu wichtigen Themen und dem politischen Geschehen im Bayerischen Landtag geben. In dieser ersten Ausgabe sind mir drei Themen besonders wichtig:

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hat sich der Landtag mit dem Thema **Kindesmissbrauch** beschäftigt. Hintergrund sind Fälle - zuletzt in Nordrhein-Westfalen - die sich selbst Experten in ihren Ausmaßen nur schwer vorstellen können. Prävention, Verfolgung und Sanktionierung gehören hier zusammen. Die Vorsitzenden der Kinderkommission Tanja Schorer-Dremel und ich haben hier einen Dringlichkeitsantrag initiiert, der in der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause angenommen wurde und Maßnahmen zum besseren Schutz von Kindern zum Inhalt hat.

Die **digitale Souveränität** ist für Europa, Deutschland und Bayern eine

Kernfrage. Wir dürfen nicht länger und tiefer in Abhängigkeiten zur Diktatur der Volksrepublik China auf der einen Seite und zu einem immer unberechenbarer werdenden Bündnispartner USA auf der anderen Seite geraten. Es geht hier nicht nur um wirtschaftliche Prosperität, es geht um zentrale Fragen unser Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Angela Merkel und die Bundesregierung haben das Thema ins Zentrum ihrer Ratspräsidentschaft gerückt. 2019 hat der Landtag auf meine Initiative hin einen Beschluss gefasst, was Bayern hier beitragen kann.

Ministerpräsident Söder hatte in seiner Regierungserklärung im Herbst letzten Jahres mit der **Hightech Agenda** ein zentrales Zukunftsprojekt für Bayern ausgerufen. Dazu gehören Investitionen in Milliardenhöhe und auch eine Hochschulreform, die die Hochschulen von Bürokratie entfesseln und die Innovationskräfte aus den Hochschulen verstärken sollen. „Deshalb wird unsere Hochschulreform mit einem Investitionsvolumen von 400 Millionen Euro eine mittlere Revolution auslösen,“ so der Ministerpräsident in seiner Rede vor dem Landtag am 10. Oktober 2019. Auch die Region bayerischer

Untermain profitiert von dieser Entwicklung. Mit dem Ausbau der Hochschule Aschaffenburg und dem Aufbau des digitalen Gründerzentrums in der alten Schlosserei bei den Aschaffener Stadtwerken, konnte hier in den letzten Jahren viel erreicht werden.

Als weiteres: Termine mit den lokalen Mandatsträgern sind wichtig. Einer der ersten „neuen“ Bürgermeister nach der Kommunalwahl ist Kurt Baier in Glattbach, den ich im Juli besucht habe. Und: wie sieht es mit einer Kanzlerkür aus Bayern aus?

Viel Freude bei der Lektüre!

## In dieser Ausgabe

Mit aller Konsequenz gegen Kindesmissbrauch..... 2

Mehr digitale Souveränität wagen..... 3

Gefragt – geantwortet..... 4

Ein Baier für Glattbach..... 5

Unsere Technische Hochschule Aschaffenburg..... 5

# Mit aller Konsequenz gegen Kindesmissbrauch

## Zum Dringlichkeitsantrag der Landtagsfraktion

Nicht erst mit den jüngsten Fällen, ist das Thema Kindesmissbrauch wieder in den Fokus gerückt. Bessere Verfolgungsmöglichkeiten, tatangemessene Strafen und Präventionsstrukturen - die CSU hat in den letzten Jahren viel erreicht. Aber: Die aufgedeckten Netzwerke zeigen ein Ausmaß von Menschenverachtung und Kriminalität, dass weitere Anstrengungen unternommen werden müssen. Die Vorsitzende der Kinderkommission des Landtages, Tanja Schorer-Dremel, MdL, und ich haben vor der Sommerpause erfolgreich einen Antrag zur Verbesserung des Kinderschutzes eingebracht.



Kinder sind der größte Schatz der Gesellschaft. Wir müssen alles daran setzen sie zu schützen. Die Garantie der Menschenwürde steht am Anfang unseres Grundgesetzes. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden. Dabei sind konsequente Verfolgung und Prävention keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Bayern hat in beiden Bereichen viel entwickelt und umgesetzt. Dass Ermittler heute mit sog. Keuschheitsproben, künstlich erzeugtem Bildmaterial, in Netzwerke eindringen können, dass der Versuch des sog. Cybergroomings heute strafbar ist, ist nicht zuletzt dem Einsatz des Freistaates geschuldet.

Spektakuläre Fälle, wie die internationalen Plattform „Elysium“ oder das Missbrauchsnetzwerk im Sauer-

land zeigen auch: Diejenigen, die solche Netzwerke und Plattformen einrichten und betreiben, sind mitverantwortlich. Sie schädigen und zerstören eine Vielzahl Kinderseelen und animieren nicht selten andere Täter. Der durch Bereitstellung von Organisation und Technik erhöhten kriminellen Energie und damit besonderen erhöhten Schuld, muss im Rahmen der Strafzumessung Rechnung getragen werden.

Mit unserem Beschluss im Landtag ist die Staatsregierung aufgefordert, sich für eine deutliche Erhöhung des Strafrahmens einzusetzen. Persönlich bin ich der Meinung, dass bei Tätern, die Netzwerke bereitstellen und/oder betreiben die Möglichkeit einer lebenslangen Freiheitsstrafe, der schärfsten Sanktion unseres Rechtsstaates, eröffnet werden sollte. Die Strafnormen zum Kindesmissbrauch sehen ein gestuftes System vor. Dabei wird allein für den Missbrauch mit Todesfolge derzeit die Option lebenslanger Freiheitsstrafe vorgesehen. Betreiber von Netzwerken begehen ein vergleichbar großes Unrecht. Für sie sollte ein gleicher Strafrahmens gelten.

Zur Identifizierung größerer krimineller Strukturen müssen Ermittlungsansätze optimiert werden. Wie soll das gehen? Immer noch berichten Ermittler, dass sie bei der Ermittlung von IP-Adressen nicht weiterkommen und auf Hilfe anderer Staaten angewiesen sind. Wir müssen hier die Möglichkeiten der Polizei verbessern, insbesondere durch eine Vorratsdatenspeicherung, unter Einhaltung der gesetzten Grenzen des Bundesverfassungsgerichts und Europäischen Gerichtshofes.

Bayern hat 2015 die Zentralstelle zur Bekämpfung von Cyberkriminalität geschaffen und entsprechende Spezialisten eingestellt. Das Konzept eines Ombudtschaftswesens des Bay. Landesjugendhilfeausschusses mit zusätzlichen unabhängiger Anlauf-

stellen muss gestärkt werden. Seit Jahren gibt es in Bayern eine Anlaufstelle des Präventionsprogramms „Kein Täter werden“. Nicht jeder Mann, der pädophile Neigungen verspürt, wird gleich zum Täter. Für die, die vielleicht verzweifelt ihre Neigung erkennen, gibt es diese Anlaufstelle, mit der Möglichkeit anonym behandelt zu werden. Dies muss dauerhaft fortgeführt und ausgebaut werden. Für bereits verurteilte Straftäter sind die Standorte der Fachambulanzen wichtige Anlaufpunkte.



Wir alle sind gefordert hinzuschauen, wenn sich Anzeichen solcher Straftaten zeigen. Dazu trägt auch die von der Staatsregierung geförderte Online-Schulung für Ärzte bei. Darüber hinaus müssen wir alle, die in der Jugendarbeit, in Ämtern wie Vereinen tätig sind, kontinuierlich sensibilisieren und qualifizieren.

Prävention ist wichtig: Jede Tat, die verhindert werden kann, bedeutet ein Opfer weniger. Verfolgung und Sanktion sind ebenfalls unverzichtbar: Jeder erfolgreiche Ermittlung trägt zu mehr Sicherheit von Kindern bei.

Der Dringlichkeitsantrag vom 07. Juli unter [kurzelinks.de/LT18-8960](https://kurzelinks.de/LT18-8960)

# Mehr digitale Souveränität wagen

## Eine Kernfrage für den demokratischen Rechtsstaat und für Europa

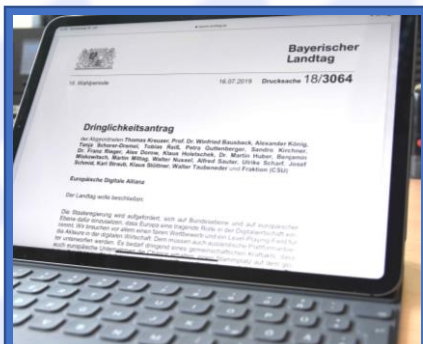
**Digitale Souveränität soll ein Leitthema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft werden. Ob dies gelingt hat nicht nur Auswirkungen für unseren Wohlstand und Wirtschaft. Wie stark unsere Demokratie in einigen Jahren sein wird, hängt auch davon ab, ob Deutschland und Europa ihre Standards durchsetzen. Ebenso zentral ist, wie wir uns technisch im Blick auf das digitale Netz aufstellen und in welche Abhängigkeiten zu anderen Staaten wir stehen.**

Das große Volumen der von Digitalkonzernen gespeicherten personenbezogenen Daten, ihr hoher kommerzieller Wert und das Überwachungspotenzial der modernen Informationstechnik bedrohen unsere Privatsphäre fundamental. Nur ein Beispiel: 94% aller Deutschen nutzen Google. Die Folge: Was Google aufgrund undurchschaubarer Algorithmen nicht oder schlecht listet, existiert im Netz faktisch nicht. Google ist uneingeschränkter virtueller Türsteher mit Potenzial zum Manipulator. Er kann nicht nur unser Wissen lenken, sondern weiß auch, was wir wissen wollen. Die amerikanische Mathematik-Professorin Cathy O'Neil warnt zu Recht davor, dass Algorithmen „mathematische Massenvernichtungswaffen“ sein können.



Interessante Lektüren zu meinen Recherchen: Das Buch von Cathy O'Neil „Angriff der Algorithmen“

Negative Beispiele der Gefährdung durch Oligopolstrukturen großer Internetkonzerne gibt es genug: Im März 2018 wurde aufgedeckt, dass „Cambridge Analytica“ über eine „wissenschaftliche“ App unrechtmäßig Daten von zig Millionen Facebook-Nutzern beschafft hat, um im US-Wahlkampf Wähler mit zielgerichteten Botschaften zu manipulieren.



Mein Dringlichkeitsantrag „Europäische Digitale Allianz“ zur Stärkung europäischen der Digitalstrukturen und Digitalwirtschaft vom Juli 2019 unter [kurzelinks.de/LT18-3064](http://kurzelinks.de/LT18-3064)

Im September 2018 konnten durch eine Sicherheitslücke 30 bis 50 Mio. Facebook-Profilen gehackt werden. Und im Januar 2019 war es einem Einzeltäter gelungen, hunderte Datensätze von Politikern, Künstlern und Influencern zu entschlüsseln. Der Angreifer war noch nicht dem Jugendalter entwachsen. Auch 2020 vergeht kaum eine Woche ohne Hinweise auf Datenpannen. Zuletzt haben Hacker auf einen Schlag eine unbekannte Zahl von Twitter-Accounts geknackt und im Namen prominenter Nutzer gefälschte Tweets abgesetzt, um Follower zu verleiten, Geld an anonyme Bitcoin-Adressen zu senden.

Kein Wunder, dass die Digitalisierung insgesamt in einer Vertrauenskrise steckt. Das denkt auch die Mehrheit in Deutschland: Laut einer „Civey-Umfrage“ aus dem Okt. 2018 haben gut 80% der Deutschen wenig bis kein Vertrauen in die Sicherheit ihrer Daten. Sie machen Google, Facebook, Amazon oder Apple verantwortlich.

Dieses Misstrauen ist mehr als berechtigt. Durch die Fusion der Messenger-Dienste Facebook, WhatsApp und Instagram erhält der Zuckerbergkonzern laut Experten den Zugriff auf Online-Profilen von 2,5 Mrd. Menschen. Er ist damit in der Lage mehr Informationen zu sammeln, als dies je ein Staat hätte tun können - vielleicht mit Ausnahme von China.

Nun beteuern Zuckerberg & Co., dass sie ihre Datenverschlüsselung verbessern und eigene Richtlinien verschärfen wollen. Letzteres klingt oft wie eine „Gesetzgebung“. Allerdings mit einem gravierenden Unterschied zur staatlichen Gesetzgebung: sie ist nicht am Gemeinwohl ausgerichtet. Warum auch? Es handelt sich um Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht und dem Willen zur Monopolstellung. Das Mittel hierzu sind unsere Daten. Hier ist Misstrauen verständlich und geboten. Warum sollten wir den Richtlinien von Konzernen vertrauen, die für uns eine Blackbox sind und auch nicht den Rückzug in Steueroasen scheuen. Es ist fast, als würde man Wirtschaftskartelle gewähren lassen, weil sie versichern, dass sie sich um ihre Wettbewerber sorgen würden.

Digitalkonzerne entwickeln sich mehr und mehr zu Sollbruchstellen im Gefüge des Rechtsstaats. Sie setzen möglichst weitgehend ihre selbst auferlegten Regeln an die Stelle der regulativen Kraft staatlicher Gesetzgebung. Je mehr aber das Vertrauen der Gesellschaft in die rechtliche Cyber-Sicherheitsarchitektur und die Datensicherheit schwindet, desto stärker sinkt das Vertrauen in die europäische und nationale Handlungsfähigkeit bei der Bekämpfung dieser Probleme.

Deshalb muss der Staat das Recht im digitalen Raum wieder stärker selbst durchsetzen und unsere Datensicherheit zurückerobern.

Die Notwendigkeit von Recht hat auch eine demokratische Dimension. Staatliches und supranationales Recht ist eine Ausprägung des Prinzips der Volkssouveränität. Facebook mag sich auf die Zustimmung von Milliarden Nutzern berufen. In den repräsentativen Demokratien ist die staatliche Durchsetzung des Rechts aber demokratisch legitimiert. Die Kontrolle orientiert sich vor allem an „Volkes Wille“, nicht unternehmerischem Eigeninteresse. Die internationale und dezentrale Struktur des Cyberspace und digitaler Konzerne ist zu komplex, um die Probleme nationalstaatlich zu lösen. Ordnung und Verantwortung durchsetzen kann letztlich nur über die europäische Ebene funktionieren.

Entsprechend braucht es im Kampf für mehr Cybersicherheit und für eine besser kontrollierte Macht der Digitalkonzerne mehr Mut und Konsequenz - aber auch Augenmaß. Zu nennen ist hier etwa die DSGVO, die in ihrer Stoßrichtung richtig, aber zu wenig auf große Player ausgerichtet war. Vereine und mittelständische Unternehmen wurden hier ohne Not verunsichert - hier besteht Nachbesserungsbedarf.

Ein Beispiel: Abgestimmte internationale Regeln sind wünschenswert, die spürbare Ordnungsgelder gegen die digitalen Großkonzerne leichter möglich machen, wenn sie bei Hackerangriffen nicht nachweisen können, dass sie technisch und organisatorisch Schutzmaßnahmen nach Stand der Technik ergriffen haben. Das bedeutet auch ein Ende der „Blackbox-Politik“ der Konzerne. Auch sollten klare strafrechtliche

Maßnahmen möglich sein, wenn etwa in den Digitalkonzernen fahrlässig mit unseren Daten umgegangen wird. Es ist nur konsequent, dass die Einführung einer Digitalsteuer von Europa geprüft wird, die nicht an einen Firmensitz anknüpft.

Neben gesetzlichen Regelungen brauchen wir aber auch ein starkes wirtschaftlich Gegengewicht zu den digitalen Konzernen aus Übersee. Wenn Europa keinen Zugang zu Know-How und Technik im Bereich des Cyberspace hat, wird es auf Dauer auch seine Regeln nicht durchsetzen können. Wer nun hiergegen einwenden mag, man könne gegen die übermächtigen Player nichts ausrichten, lässt es am nötigen Mut und Glauben an der Kraft Europas vermissen.



Das Paradebeispiel innereuropäischer Zusammenarbeit: Airbus ist das wirtschaftliche Gegengewicht aus Europa zu Boeing aus den USA. Hier der Airbus A319-100 „Aschaffenburg“ der Lufthansaflotte.

Ein solcher Kraftakt ist schon einmal gelungen - nämlich zu Zeiten der

Gründung des Flugzeugbauers Airbus in den 60ern. Etwas vereinfacht könnte man sagen: Wo Boeing die vermeintliche Vormachtstellung im Flugverkehr hatte, scheinen heutzutage die US-amerikanischen Digitalkonzerne dies im Bereich Datenverkehr für sich zu beanspruchen. Am Vorbild „Airbus“ lassen sich deshalb meines Erachtens wichtige Lehren für Mut und Innovationsgeist ziehen, die wir bei dem zentralen Zukunftsthema „Digitalisierung“ wieder viel stärker bräuchten. 1965 trafen sich die Vertreter von vier deutschen Flugzeugfirmen, um die „Arbeitsgemeinschaft Airbus“ zu gründen. Mit dabei war übrigens auch F.J. Strauß, der die Industrie zu diesem Schritt ermutigte. Dem Projekt traten dann die Franzosen, Engländer, Niederländer und Spanier bei. 35 Jahre später verdrängte Airbus Boeing als Marktführer. Es wurde klar, dass die Flugindustrie nicht von den USA abhängig sein muss. Das Erfolgsrezept waren damals die „vereinten Kräfte von Europa“.

Festzustellen bleibt: Das Vertrauen in die Digitalkonzerne ist verloren gegangen. Hiervon drohen großartige Errungenschaften der Digitalisierung erfasst zu werden. Gelingt es aber Europa, das Recht auch gegen große Player durchzusetzen, dann werden die Menschen nicht nur dem Fortschritt der Digitalisierung wieder mehr trauen - sondern auch Europa. Das ist für unsere Zukunft unverzichtbar.

Teile des Artikels sind erschienen in der FAZ, am 28. März 2019, S 7

## Gefragt – geantwortet

### Auf die Frage einer Kanzlerkandidatur von Ministerpräsident Söder

Auf die Frage eines Redakteurs der FAZ, ob sich Markus Söder als Kanzler aufstellen lassen soll, meine Antwort:

„Markus Söder hat Bayern erfolgreich und verantwortungsvoll bis heute

durch die schwierigen Monate der Coronakrise geführt. Wenn ihm die Kanzlerkandidatur angetragen wird, sollte er sich dieser Aufgabe nicht verweigern. Deutschland und Europa stehen schwierige Jahre bevor. Dass

Markus Söder in der Lage ist, diese Situation mit Engagement und Weitblick zu meistern, hat er meiner Meinung nach in den letzten Monaten unter Beweis gestellt.“

# Ein Baier für Glattbach

## Antrittsbesuch beim neuen CSU Bürgermeister von Glattbach

Kurt Baier hat schon bei seiner Kandidatur wichtige Themen für Glattbach erkannt: Schule, Feuerwehrhaus, Baugebieterschließung, Ortsgestaltung, Kanalausbau. Gerade bei letztem Thema, das für Glattbach hohe Investitionskosten nach sich ziehen könnte, steht Baier schon seit längerem, mit mir als zuständigem Landtagsabgeordnetem in Kontakt und setzt sich für eine passende Lösung ein. Beim Antrittsbesuch im Rathaus der Gemeinde, Mitte Juli, habe ich mit ihm über die aktuellen Herausforderungen der Gemeinde gesprochen.

Ich freue mich, dass Kurt Baier nach einem engagierten Wahlkampf Bürgermeister in Glattbach geworden ist. Er verbindet hohe Sachkompetenz mit verbindlicher und offener Kommunikation, wie ich aus vielen Begegnungen weiß.



# Unsere Technische Hochschule Aschaffenburg

## Der Untermain profitiert von der High-Tech-Agenda des Ministerpräsidenten

Seit ihrer Gründung im Jahr 1995 ist die Hochschule Aschaffenburg ein Segen für die Region. Seither bleiben viele junge Frauen und Männer in der Region, die sonst wegen dem Studium an einer auswärtigen Hochschule dem Untermain dauerhaft den Rücken gekehrt hätten. Heute studieren über 3.200 junge Menschen an „unserer“ Hochschule. Und auch die Unternehmen profitieren vom Innovationstransfer, der über das Wissenschaftstransferzentrum ZeWis und andere Einrichtungen der TH organisiert wird. Ein vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung war im März 2019 die Erhebung zur Technischen Hochschule.

Allein in den vergangenen vier Jahren wurden drei wichtige neue Studiengänge im technischen Bereich ermöglicht: Der Studiengang „Wirtschaftsingenieurwesen / Angewandte Materialwissenschaften und Nachhaltigkeit“, der seit dem Wintersemester 2016/17 läuft, ist auf neuartige Materialien, Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz fokussiert. Das sind Themen von hoher

Bedeutung für den Bayerischen Untermain und unsere Gesellschaft. Über seine Hochschule profitiert der Untermain auch von der Hightech-Agenda, die Ministerpräsident Söder im Herbst 2019 verkündet hat. Für die TH Aschaffenburg im Vordergrund stehen die weitere finanzielle Unterstützung für den Aufbau des Studiengangs „Medical Engineering“ mit 260 Studierenden, sowie die hierfür erforderliche Neubauten. Seit dem Wintersemester 2019/20 bietet die Hochschule diesen innovativen Studiengang an. Studenten lernen und forschen an den größeren Zusammenhängen und Daten, die in den Prozessen und Abläufen im Gesundheitswesen entstehen. Die Forschung und Entwicklung bieten eine digitale Schnittstelle im Zusammenspiel mit medizintechnischen Industrieunternehmen, die in der Region bereits stark aufgestellt sind.

Weiter ermöglicht die Hightech-Agenda den zeitnahen Start des Studiengangs „Software Design“ zum Wintersemester 2020/2021, ein

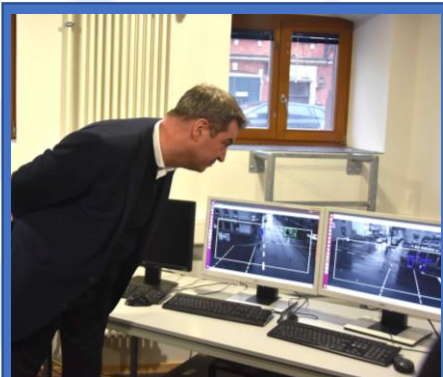


Ministerpräsident Söder beim Besuch der TH Aschaffenburg im Februar 2020. Er erklärte dort die Hintergründe der Hightech-Agenda und wie davon nicht nur die Hochschule Aschaffenburg, sondern die Region und ganz Bayern profitieren.

Studium für angewandte Informatik. Hier werden klassische Inhalte der Informatik mit aktuellen Methoden der Softwareentwicklung kombiniert. Das Ziel der anwendungsorientierten Softwareentwicklung ist ein weiterer Schritt auch die regionale Wirtschaft zu stärken.

Aschaffenburg beheimatet eine große Anzahl international anerkannter Softwareentwickler, die zur eigenen Weiterentwicklung auf kompetente, gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen sind. In der Vermittlung zwischen Hochschule, Wirtschaft und Politik konnte mit diesem Studiengang ein für alle beteiligten Akteure zukunftsorientierter Weg aufgezeigt und umgesetzt werden.

Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften kommt in Kürze die



Forschungsvorhaben an der TH Aschaffenburg machen neugierig: Der Ministerpräsident inspiziert die TH-eigene Anlage zur Auswertung der Verkehrsflüsse an der Kreuzung Würzburger Straße / Flachstraße / Spessartstraße.

Einrichtung des Studiengangs „Digitales Immobilienmanagement“ hinzu. Darüber hinaus werden für die Jahre 2020-23 neue Forschungsprofessuren an der TH eingerichtet. Außerdem hat sich die Hochschule im Zuge der Hightech-Agenda erfolgreich am KI-Wettbewerb des Freistaates Bayern beteiligt und erhält daraus eine weitere Professur.

Mit diesen Maßnahmen führt die bayerische Staatsregierung ihr Engagement der letzten Jahre für die Aschaffener Hochschule konsequent fort, für das ich mich in meiner früheren Zeit als Staatsminister und auch jetzt immer wieder in München eingesetzt habe.

Die Verknüpfung von Studium und Anwendung der Lehrinhalte ist ein wesentliches Merkmal unserer TH. Aus diesem Grund ist das Digitale Gründerzentrum ein weiterer, wichtiger Bestandteil der Gesamtstrategie, die Hochschule und damit Aschaffenburg und die ganze Region, voranzubringen.

Aschaffenburg als Teil der Metropolregion Frankfurt-Rhein/Main steht selbst im Wettbewerb mit zahl-



Trotz schlechtem Wetter im Februar: Der Besuch des Ministerpräsidenten hat Signalwirkung für die Stadt und Region. Die TH Aschaffenburg hat die Unterstützung aller Mandatsträger auf allen Ebenen. Das sichert ihre weitere Entwicklung und Bedeutung für Aschaffenburg.

traditionsreichen Hochschulen. Wenn es in den letzten Jahren immer besser gelungen ist, viele kluge Köpfe in der näheren Region zu halten und zu fördern, ist dies gerade auch der Hochschule zu verdanken. Dass dies auch in Zukunft gelingt, dazu leisten die Maßnahmen der Hightech-Agenda ihren Beitrag.

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

in der Politik kommt es darauf an, Gehör zu finden. Ebenso ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger über alle Dinge Kenntnis erlangen, die sie, ihr Stadt oder ihre Heimatregion betreffen.

Aus diesem Grund suche ich immer wieder neue Wege, mit Ihnen in Kontakt zu treten und ihnen so viele

Informationen zukommen zu lassen, wie möglich. Auf diesem Weg möchte ich Ihnen meinen Facebook- und Instagram-Auftritt ans Herz legen, in dem ich immer wieder aktuelles aus dem Kommunal- und Landespolitik berichte.

Folgen Sie mir doch auf Facebook unter [facebook.com/wbausback](https://facebook.com/wbausback) oder auf Instagram [@winfriedbausback](https://instagram.com/winfriedbausback)

Auf die nächste Ausgabe freue ich mich schon heute

Ihr

## Impressum – Standpunkt Bausback

Newsletter des Landtagsabgeordneten, Prof. Dr. Winfried Bausback, Staatsminister a.D. Herausgegeben im Selbstverlag. Herausgeber, Verfasser, V.i.S.d.P. : Winfried Bausback, Stimmkreisbüro Bausback, Knodestr. 3, 63741 Aschaffenburg. Die Artikel geben die Meinung des Verfassers wieder. Alle Angaben ohne Gewähr. Für Druckfehler wird keine Haftung übernommen.

Bildnachweis (soweit nicht anders angegeben): Stimmkreisbüro Bausback  
Kontakt: [info@winfried-bausback.de](mailto:info@winfried-bausback.de), Tel.: 06021 58 28 540, Fax: 06021 58 28 544  
Erschienen am 20. Juli 2020